

Umverteilen und soziale Frage

von Werner Rätz, Attac-AG genug für alle

Die regierenden Eliten haben weltweit ihre grenzenlose Ausgabenpolitik zur Rettung der Banken in eine umfassende Spar- und Konsolidierungspolitik überführt. In Europa macht die Bezeichnung „Euroschuldenkrise“ schon auf die Legendenbildung aufmerksam, die mit ihrer Geschichte und ihrem Charakter verbunden ist. Sie beginnt in dieser Darstellung 2008 als Finanz- und Bankenkrise, wird rückwirkend mit einem Vorläufer namens Hypotheken- oder Supprimekrise versehen und entwickelt sich rasch zu einer ausgewachsenen Wirtschaftskrise. Diese war dann, zumindest in Deutschland, gleich wieder vorbei oder, so etwa der damalige brasilianische Präsident Lula, erreichte die Schwellenländer gar nicht. Diese vergangene oder inexistente Krise feierte dann Wiederauferstehung als Schulden- bzw. Eurokrise, die sich nicht etwa aus ihren Vorgängerinnen entwickelt hat, sondern vom Himmel fiel, als verantwortungslose Politiker, meist in südlichen Ländern beheimatet, zuviel Geld für das Lotterleben ihrer faulen Bevölkerung zur Verfügung stellten. Die sollen jetzt mal ordentlich sparen und fleißig arbeiten, dann wird wieder alles gut. Diese von Medien, Politik und Nationalökonomie vielfach verbreiteten Geschichten erinnern fatal an die Märchen von den arbeitsscheuen Ewerbslosen, die mit Hartz IV mal ordentlich auf Trab gebracht werden müssen.

Überhaupt hat das deutsche Krisenmanagement die Spezifik, dass es ganz überwiegend zu Lasten der BezieherInnen von Transfereinkommen und anderen materiell sehr verletzlichen Gruppen geht. Es ist damit insofern ein besonderes Element im Klassenkampf von oben, als es gezielte Spaltungen innerhalb der ohnehin Benachteiligten vorantreibt. Damit wird allen Bevölkerungsgruppen am Beispiel von anderen Betroffenen aufgezeigt, welcher Absturz ihnen als nächstes bevorstehen könnte. Das Kalkül, dass daraus kein Effekt der Solidarität, sondern Einschüchterung und Sozialneid entstehen, scheint bisher aufzugehen.

Obwohl es sich also um eine Politik handelt, deren moralische Qualität nur als hinterhältig und verkommen bezeichnet werden kann, ist sie zum Vorbild für das europaweite Vorgehen geworden. Was aktuell in Griechenland vorexerziert wird und für andere südeuropäische Länder ins Haus steht, hat exakt dieselbe Funktion wie sie die Agendapolitik in Deutschland hatte. Das gilt in doppelter Hinsicht. Zum einen soll die sogenannte Wettbewerbsfähigkeit gesteigert werden, was nichts Anderes heißt als Verschlechterung der Arbeits- und Kampfbedingungen der Beschäftigten auf breiter Front und umfassende Senkung aller Einkommen, die nicht aus Kapitalbesitz resultieren. Damit wird in gigantischem Ausmaß Geldreichtum in die Hände der KapitalbesitzerInnen umgeschichtet.

Zum Zweiten wird eine Situation geschaffen, in der allen Beteiligten klar ist, dass sie so nicht leben wollen und wohl auch nur schwer können. Es wird ausgetestet, wie weit man die Standards in Europa noch senken kann. So wie das HartzIV-Niveau längst zur Marge geworden ist, an dem sich die Lebenssituation immer mehr Beschäftigter misst, so wird das Ergebnis des Experiments Griechenland das Vorbild für ähnliche Verhältnisse EU-weit liefern.

Aber obwohl die Bürden, die den ohnehin Benachteiligten aufgebunden werden, für diese keinesfalls tragbar sind, zeigen sie jenseits moralischer Erwägungen vor allem eines, nämlich dass sie angesichts der Schuldenberge lächerlich gering sind. Zwar ist die neokeynesianische Kritik an der Austeritätspolitik durchaus richtig, dass sie Wirtschaftswachstum abwürgt und eine Abwärtsspirale für die gesamte Ökonomie auslöst, aber sie verfehlt den Kern des Problems. Wer sich die Schuldenberge anschaut und mit den anvisierten Sparzielen vergleicht, wird leicht das Missverhältnis erkennen. Der Internationale Währungsfonds schätzt die Schulden der USA für 2013 auf etwa 18 Billionen US-\$ (bei einem BIP von etwa 16 Billionen). Da sind die fast 5 Billionen, die laut einer Studie von Pew Research Center allein im öffentlichen Rentensystem fehlen, noch nicht mitgerechnet <http://www.wirtschaftsfacts.de/2012/10/usa-vertrauen-ins-rentensystem-ist-am-verpuffen/>. Die europäischen Zahlen sind nicht wesentlich anders.

Mit Spar- und Kürzungsbemühungen werden diese Schulden niemals bezahlbar werden, aber darum geht es letztlich auch gar nicht. Vielmehr geht um das Grundproblem, das seit nunmehr fast vierzig Jahren hinter der systemischen Krise des Kapitalismus steht, das da lautet: Wohin mit dem vielen Geld der großen Vermögensbesitzer? Die Konzerne und diverse Geldsammelstellen haben die Krise genutzt, um weitere Billionen an ungedeckten Finanzansprüchen anzuhäufen, für die sie jetzt händeringend profitable Anlagemöglichkeiten suchen. Laut dem Verbraucherkanal CNBC sind in den letzten vier Jahren weltweit etwa 14 Billionen US-\$ in Konjunkturprogramme gesteckt worden, ohne dass sie mehr nennswerten Effekt gehabt hätten, als auf den Finanzmärkten zu landen <http://www.cnbc.com/id/47138054>. Kauf und Übernahme von Unternehmen, aber auch Privatisierungen öffentlichen Eigentums und sozialer Infrastruktur dienen viel mehr der Schaffung von privaten Investitionsmöglichkeiten als allen anderen Zwecken.

Diese doppelte Bedeutung der Umverteilungspolitik – Verschärfung der Armut und Konzentration von noch größeren Finanzansprüchen, die gleichzeitig noch mächtiger und noch schwerer zu bedienen sind – spiegelt sich auf der praktischen Seite auch im Zustand der Sozialsysteme und großer Teile der öffentlichen Infrastruktur. Schon die Riesterreute und die folgende Nullrunden- und Kürzungspolitik hatte die Gesetzliche Rentenversicherung weitgehend zerstört. Heute ist ein Zustand erreicht, in dem die neu ins Berufsleben Einsteigenden damit rechnen müssen, dass sie keine Rente auch nur auf Sozialhilfeniveau erreichen werden, wenn sie nicht an die vierzig Jahre mindestens den beitragspflichtigen Durchschnittsverdienst erzielen. Eine solche Versicherung braucht niemand und die Akzeptanz für die völlige Privatisierung ist eine reine Frage der Zeit. Die Festschreibung der Arbeitgeberbeiträge in der Krankenversicherung, die Privatisierung von Krankenhäusern, der verstärkte Zugriff der Krankenhauskonzerne auch auf die ambulante Versorgung lassen einen Zustand erahnen, in dem in wenigen Jahren auch in Deutschland mehrere Millionen Menschen nicht mehr über einen Krankenversicherungsschutz verfügen wird, der das medizinisch Notwendige abdeckt.

Systematisch werden in der Öffentlichen Daseinsvorsorge mit der Schaffung von Anlagefeldern für private Investoren die Gebrauchswerte zerstört, die von den Sozialsystemen bisher zur Verfügung gestellt wurden. Im Unternehmenssektor ist dies im Zuge der Finanzialisierung der Ökonomie ja schon länger zu beobachten. Nicht mehr die Profitabilität der Produktion eines Unternehmens oder Unternehmensteils entscheidet über seinen Bestand, sondern sein Börsenwert. Viele durchaus produktive Betriebe wurden in den letzten Jahren abgewickelt. Im Bereich der Sozialsysteme ist diese Entwicklung insofern besonders dramatisch, als hier mehr oder weniger schon Elemente einer gebrauchswertorientierten Ökonomie vorlagen, die sich an den Bedürfnissen der Menschen und nicht an kapitalistischen Wachstums- und Verwertungszwängen orientierten.

Hier zeigt sich eine allgemeine Widersprüchlichkeit des Kapitalismus, die nicht leicht zu durchschauen ist. Längst ist der weltweite Reichtum ausreichend dafür, dass alle Menschen ein halbwegs gutes Leben führen könnten. Dass viele nicht bekommen, was sie dafür benötigen, liegt nicht an einem absoluten Mangel an Gütern, es ist aber auch kein reines Verteilungsproblem. Mit der fordistisch-tayloristischen Revolution, also der Umstellung der Weltwirtschaft auf die Produktion von langlebigen Massenkonsumgütern nach dem Zweiten Weltkrieg, wurde die Reichtumsproduktion so ausgedehnt, dass es rein quantitativ für alle gereicht hätte. Gleichzeitig konzentrierte dieser Prozess aber auch die Gewinne und Kapitalmassen bei immer größeren Unternehmen, die immer neue Anlagefelder brauchten und sie ab irgendwann zu Beginn der 70er-Jahre immer weniger in der realer Produktion fanden. Sie wichen zunehmend auf die Finanzmärkte aus. Das bedeutet nichts Anderes, als dass sie einen wachsenden Teil ihres Kapitals nicht in der Herstellung von Gütern und Dienstleistungen investieren. Da aber nur in der realen Produktion Mehrwert geschaffen wird und damit Gewinn, entsteht aus dieser Art von Investitionen zwar Reichtum, aber einer, der zuerst einmal nur einen Anspruch darstellt.

Damit daraus wirkliche Reichtumsflüsse werden, muss jemand dafür bezahlen. Genau das passiert z. B. bei der Überantwortung sozialer Infrastruktur und öffentlicher Daseinsvorsorge an die Finanzinvestoren, aber auch dort, wo bisherige Masseneinkommen in Finanzkapital verwandelt werden oder wo Lebensbereiche völlig neu der Kapitalverwertung unterworfen werden wie etwa im

Bereich sogenannter genetischer Ressourcen. Es ist nie genau zu sagen, wie große Teile dieser Finanzansprüche oder des „fiktiven Kapitals“ (Karl Marx) in wirklichen Reichtum verwandelt werden können. Grundsätzlich kann etwa ein Automobilkonzern seine Gewinne aus Börsengeschäften in die Produktion von Autos investieren und das machen die auch immer wieder. Wenn das aber alle gleichzeitig tun wollen, dann würde es nicht für alle gelingen, Teile des Kapitals würden sich in nichts auflösen und so ihren fiktiven Charakter erkennen lassen. Aus diesem Grund gibt es auch keinen Spielraum für eine manchmal vorgeschlagene Politik der sozialen Umverteilung mit Zustimmung der großen Kapitalien: Die haben tatsächlich keine Verteilungsspielräume, weil sie nie wissen, was sie tatsächlich haben.

Wie bei der rot-grünen Zerstörung des Rentensystems ist die Aufmerksamkeit für die Gebrauchswertseite bei vielen politischen Akteuren sehr gering entwickelt. Gewerkschaften beispielsweise interessieren sich nur für die Arbeitsplätze, einzelne vermitteln geradezu den Eindruck, dass sie mit der Krisenpolitik der Bundesregierung nicht nur zufrieden sind, sondern dass sie teilweise sogar die Autorenschaft für diese Politik beanspruchen könnten, was z. B. Kurzarbeit oder Exportorientierung angeht. Dass mit der erfolgreichen Exportoffensive der deutschen Wirtschaft vor allem Erwerbs- und Einkommenslosigkeit exprotiert werden, gerät dabei ebenso aus dem Blick wie der Umstand, dass „griechische“ Lebensverhältnis bald auch hierzulande Einzug halten werden.

Man kann also drei generelle Tendenzen herrschender Krisenpolitik ausmachen:

1. die Schaffung von Anlagemöglichkeiten für große Investoren,
2. die Zerstörung der Gebrauchswerte zugunsten von Finanzansprüchen und
3. die Verstärkung der weltweiten ökonomischen Ungleichgewichte.

Daraus lassen sich einige Einsichten für unsere Handlungsorientierung gewinnen. Die erste und wichtigste ist, dass die soziale Frage der Kern aller Globalisierungskritik ist. Dabei ist „sozial“ nicht als klassische Sozialpolitik, sondern im Sinne Globaler Sozialer Rechte zu verstehen, wie wir sie in Gladbeck auf dem Ratschlag diskutiert und in den Krisenerklärungen Düsseldorf I und II aufgeschrieben haben. Ein solches Konzept umfasst zwingend den Ausstieg sowohl aus der Finanzialisierung der Ökonomie wie aus dem kapitalistischen Wachstumszwang, weil es aus Krise und Schulden weder ein Raussparen noch ein Rauswachsen geben kann. Das Sparen gelingt nicht, weil die anlagesuchenden Kapitalmassen – und nichts Anderes sind die Schulden in der Hand der Kapitalbesitzer, die sie ja als Ansprüche, als Forderungen halten – viel zu groß sind. Und das Wachsen gelingt nicht, weil die Welt ja jetzt schon voll mit Dingen ist, die niemand braucht; wer sollte all das kaufen, was produziert werden müsste, damit die Schulden mit den erwirtschafteten Gewinnen bezahlt werden könnten?

Aus einem umfassenden Verständnis der Krisendynamik heraus kann man durchaus die Verarmungsprozesse durch Kürzungspakete, Sozialkürzungen und Vernachlässigung der Binnenwirtschaft kritisieren. Aber eine Sozialpolitik, die Umverteilen innerhalb eines neuen kapitalistischen Aufschwungs denkt, übersieht einen entscheidenden Punkt, nämlich den, dass es dafür keine Basis gibt. Kapital kann letztlich nur in der Produktion von Gütern und Dienstleistungen verwertet werden, also als eine größere Summe aus dem Investitionskreislauf wieder herauskommen, wie es hineingegangen ist. Und das genau ist ja der Kern der Krise, dass das seit nunmehr 40 Jahren nicht mehr gelingt. Man könnte einen überschaubaren Teil wegnehmen, damit die anlagesuchenden Massen verkleinern und so Spielräume schaffen. Das könnte vielleicht sogar eine Weile lang gelingen, würde aber bald zum selben Problem auf größerer Stufenleiter führen. Es führt kein Weg an einer grundlegenden Entscheidung vorbei:

Wollen wir eine Ökonomie, die sich der unendlichen Kapitalakkumulation verpflichtet, so wie es herrschende Politik ohne wenn und aber tut, oder wollen wir eine Wirtschaft, die die Menschen mit dem versorgt, was sie für ein gutes Leben brauchen? Die Orientierung an einer bedarfsorientierten Ökonomie kann uns im Gestrüpp der konkreten Forderungen und Alltagsansprüche helfen. Eine solche Sicht überschneidet sich oft mit dem Interesse z. B. an Arbeitsplätzen, folgt aber einer anderen Logik und steht manchmal auch gänzlich quer dazu. Hier wäre nicht zu fragen, was schafft Beschäftigung, sondern was wären denn die Güter und Dienstleistungen, die für ein gutes Leben Not-

wendig sind, die also die Not wenden? Und wie wollen wir sie produzieren? Dabei kann es enge Zusammenarbeit entlang gemeinsamer Forderungen geben, ohne dass ein gemeinsames Verständnis der Hintergründe zwingend wäre. Alles, was in diese Richtung geht oder zumindest dahin ausgebaut werden könnte, ist aus unserer Sicht zu befördern, alles, was lediglich Anlage- und Verwertungsmöglichkeiten schafft, ist abzulehnen. In diesem Sinne ist auch das Bündnis Umfairteilen auf einem richtigen Weg.

Dabei bieten sich vorrangig drei Felder an, auf die sich Forderungen und Aktivitäten im sozialen Bereich konzentrieren sollten: Eine umfassende Einkommenspolitik, soziale Infrastruktur und öffentliche Daseinsvorsorge. Alle drei müssen eine EU-weite Perspektive haben, auch wenn ein Anfang durchaus national gemacht werden kann.

Gesellschaftliche Teilhabe wurde von Attac Deutschland immer als Menschenrecht verstanden. Seine Einlösung fordert in der modernen Gesellschaft ein sicheres und ausreichend hohes Einkommen. Dazu bedarf es der drei Elemente Mindestlohn, bedingungsloses Grundeinkommen und Arbeitszeitverkürzung. Unter Sozialer Infrastruktur ist durchaus mehr zu verstehen, als es in bisherigen Debatten oft geschieht. Hier wäre nicht nur von öffentlichem Nahverkehr zu reden, sondern von umfassender Mobilität überhaupt (ohne Flugzeug!), nicht nur von Schule und Universität, sondern von Bildung und Betreuung ganz allgemein, nicht nur von Strom- und Wasserversorgung, sondern von Energiedemokratie. Auch Wohnen oder Kommunikation könnten als Infrastruktur verstanden und organisiert werden. Das hätte den wünschenswerten Nebeneffekt, das Leben der Einzelnen ein Stück weit vom Geld und den Märkten unabhängig zu machen. Genau das würde auch eine umfassende Absicherung der großen Lebensrisiken Alter und Krankheit (die uns ja alle ereilen, wenn wir nicht vorher sterben) in einer Bürgerversicherung leisten. Sie müsste aus allen Einkommen und paritätisch (also zur Hälfte von den Arbeitgebern) finanziert sein und von den Versicherten selbstverwaltet werden. Ein solches Sozialprogramm würde je nach Ausstattung der einzelnen Elemente deutlich mehr als die Hälfte des Bruttoinlandsprodukts in Umverteilungssystemen erfassen.

Die Forderungen kann man im Einzelnen gut begründen und es ist einsichtig, dass dies alles notwendig wäre, wenn es allen gutgehen soll. Aber es ist auch offensichtlich, dass dies kein Programm ist, das man einfach so in einem reformierten Kapitalismus umsetzen könnte. Das ist auch nicht nur eine Frage der Kräfteverhältnisse, sondern mit solchen Forderungen steht man in einem grundsätzlichen Widerspruch zum kapitalistischen Verwertungs- und Wachstumszwang. Deshalb wird die Frage immer dringender, wie man nicht nur Recht hat, sondern auch Recht kriegt. In einem Konzept Globaler Sozialer Rechte steht dafür der Gedanke der Aneignung. Aneignung in diesem Sinne heißt nicht, dass sich einfach nimmt, wer etwas braucht. Vielmehr geht es darum, dass die Menschen ernst damit machen, ihre eigenen Interessen in die eigenen Hände zu nehmen. In diesem Sinne geht es also zuerst einmal um Selbstermächtigung. Das beginnt zwar bei den Forderungen und das hier vorgestellte Konzept geht da recht weit. Aber wir sind nicht darauf angewiesen, darauf zu warten, dass Politik oder Behörden unsere Forderungen erfüllen, sondern wir dürfen und können selbst etwas dazu tun, um uns unsere Rechte zu nehmen.

Das wird nur selten in direkter Form möglich sein, etwa in kollektiven Umsonstfahrraktionen oder Ähnlichem. Möglich wird aber vielfach ein Agieren sein, das letztlich den Kern des Streikkonzepts auf gesellschaftliche Vorgänge überträgt, wie es Blockupy in Ansätzen versucht hatte. Dabei geht es darum, der Gegenseite einen begrenzten Schaden anzudrohen und auch tatsächlich zuzufügen. Das wird in der Regel eher ein Image- als ein wirklich bedeutsamer ökonomischer Schaden sein, aber dieser Aspekt ist trotzdem auch immer dabei. Ziviler Ungehorsam ist bisher bei Attacies noch nicht sehr verbreitet, wird aber, wenn Bewegungen erfolgreich sein wollen, zunehmend integriert werden müssen.

Neben die Symbolpolitik von Demonstrationen, Aufrufen, Unterschriftensammlungen (die alle nach wie vor ihre Bedeutung behalten) sollten Nadelstiche direkter Aktionen treten. Die sind, wie Stuttgart 21, Castortransporte oder Antinaziblockaden gezeigt haben, unter Umständen durchaus mehrheitsfähig. Bisher ist es zwar noch nicht gelungen, diese mögliche Zustimmung auch für Krisenkritik zu erreichen, aber das kann sich bei Zuspitzung der Lage auch schnell ändern. Gerade

um mögliche rechtsradikale Erfolge zu verhindern, wird es nötig sein, Vorschläge zu haben, die inhaltlich und in der Form der Radikalität der Krise angemessen sind. Sie sind ebenso wie Streiks kein Störfall der Demokratie, sondern geradezu ein Instrument bürgerschaftlicher Teilhabe. Dass sie gegen rechtliche und politische Widerstände (und zum Teil auch gegen Bedenken in den eigenen Reihen) erst erkämpft werden müssen, ändert nichts an ihrer Berechtigung und Notwendigkeit.